

Antrag auf Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung
nach § 34 Abs. 2 der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz

Name, evtl. Geburtsname, Vorname: _____

Geburtsdatum: _____ Familienstand: _____

Geburtsort: _____ Staatsangehörigkeit: _____

Anschrift: _____
(Straße, Hausnummer, PLZ, Ort) Telefon-Nr. _____

Geburtsname der Mutter: _____

Ich möchte an folgendem **Fachkundeflehrgang**

- zum Laden und Wiederladen von Patronenhülsen mit Treibladungspulver
 zum Vorderladerschießen mit Schwarzpulver
 zum Schießen mit Böllern mit Böllerpulver

Lehrgangsträger _____
(soweit bekannt)

Gegen mich ist derzeit

- kein Ermittlungsverfahren anhängig folgendes Ermittlungsverfahren wegen

anhängig, eingeleitet bei Polizei/Staatsanwaltschaft/Gericht _____

Ich bin nicht verurteilt worden wie folgt verurteilt worden:

Körperliche oder geistige Mängel (z. B. Geschäftsunfähigkeit, beschränkte Geschäftsfähigkeit, Trunksucht, Rauschmittelsucht, Geisteskrankheit oder Geistesschwäche)

habe ich nicht folgende:

Hinweis: In diesem Zusammenhang wird u. a. die örtlich zuständige Polizeidienststelle darüber gehört, ob ein Ermittlungsverfahren wg. einer Straftat anhängig ist oder ob andere Tatsachen vorliegen, die die Zuverlässigkeit des Antragstellers in Frage stellen können.

Ihre Angaben werden beim Amt für öffentliche Ordnung und Straßenverkehr gespeichert. Nach Art. 16 Abs. 2 BayDSG wird darauf hingewiesen, dass Ihre Angaben gem. § 34 Abs. 2 der 1. SprengV erforderlich sind.

Ort, Datum

Unterschrift des/der Antragstellers/-in

(Der Antrag ist mit Originalunterschrift zu übersenden oder persönlich abzugeben!)

Telefon-Nr. des/der zuständigen Ansprechpartners/-in: 0941/507-1326